

# Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags  
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)  
Mail: [martin.boehm@afdbayern.de](mailto:martin.boehm@afdbayern.de)  
Homepage: [www.mdl-boehm.de](http://www.mdl-boehm.de)

## Pressemitteilung

13.06.2022

### **Martin Böhm: Es reicht! Kritische Bürger nicht länger kriminalisieren und echte Extremisten konsequent beobachten**

Im Zuge der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat der Verfassungsschutz im letzten Jahr eine neue Kategorie eingeführt, die als „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ bezeichnet wird. Bislang noch nicht als Gefahr für die innere Sicherheit haben die Sicherheitsbehörden dagegen eine sich abzeichnende Radikalisierung der Klimaschutz-Bewegung registriert, obwohl ein führender Vertreter im „Spiegel“ mit einer „grünen RAF“ gedroht hat und mittlerweile von Sabotage bis zur systematischen Nötigung im öffentlichen Raum bundesweit strafbare Handlungen erfolgt sind. Auf Anfrage zu beiden Phänomenen hat der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Martin Böhm von der bayerischen Staatsregierung entlarvende und verstörende Antworten erhalten.

Martin Böhm kommentiert dies wie folgt:

„Es ist nicht zu fassen. Permanent versuchen Politiker aller Altparteien, die Proteste kritischer Bürger gegen die repressiven, teils verfassungswidrigen ‚Maßnahmen‘ von Bundesregierung und Landesregierungen zu delegitimieren und zu kriminalisieren. Es wurde sogar eine neue Kategorie beim Verfassungsschutz eingeführt. Auf meine Nachfrage ist die bayerische Staatsregierung aber nicht mal in der Lage, das konkrete Personenpotential dieser angeblichen neuen Gefahr zu benennen. Auch auf die Frage, worin konkret das Gefährdungspotential bestehen soll, gibt es nur Vermutungen und Hypothesen als Antwort. Dasselbe gilt für meine Nachfrage nach konkreten Straftaten: Der Aufwand für eine Erhebung von Daten wäre zu hoch. Auf der anderen Seite heißt es zu Klima-Extremisten diverser Gruppierungen, sie würden ‚mangels Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen nicht dem Beobachtungsauftrag‘ des Verfassungsschutzes unterliegen. Übersetzt: Trotz eindeutiger Indizien und zahlreicher Straftaten in vielen Bundesländern verschließt die Regierung vor diesem Gefahrenpotential die Augen, weil es eben nicht ins Konzept passt. Ich fordere die Staatsregierung auf, ihre ideologischen Scheuklappen abzulegen, ihre Vorwürfe gegen kritische, demokratische Bürger mit Fakten zu belegen und vor der Terrorismus-Gefahr militanter Klima-Extremisten nicht länger die Augen zu verschließen.“